



September 2006
1 Euro

oha

Zeitung aus dem Pfaffenwinkel

25. Jahrgang ♦ Nr. 298 ♦ 09/2006 ♦ B 10417 E
Herausgeber: Presseverlag Oberland

Nach dem Beinahe-SuperGAU in Schweden sollte die globale „Atomgemeinde“ endlich aufwachen. (Seite 9)

**Bedingungsloses
Grundeinkommen**
Seite 2

**Intensivstation oder
Krematorium**
Seite 5

**Wien ist anders –
ein kurzes Resümee**
Seite 13

Im Neuen Schuljahr:

HANDY-NUTZUNGSVERBOT AN ALLEN BAYERISCHEN SCHULEN oder VOM SINN EINES VERBOTS UND VOM UNSINN EINER PARLAMENTSDEBATTE



von
Hans Schütz

Seit dem neuen Schuljahr gilt für alle bayerischen Schulen das sogenannte Handynutzungsverbot. Es wurde zusammen mit anderen Änderungen im Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen am 19. Juli im Landtag beschlossen. In der entsprechenden Landtagsdebatte kritisierten Hans Ulrich Pfaffmann (SPD) und Simone Tolle (Bündnis 90/Die Grünen) das Handynutzungsverbot vehement. Da war unter anderem die Rede von »Hau-drauf-Pädagogik« und von einer »pädagogischen Bankrotterklärung«.



Besonders interessant ist die negative Beurteilung des Handynutzungsverbots durch die bildungspolitische Sprecherin der Grünen. Immerhin hatte gerade deren Fraktion am 7. Juli im Landtag eine Expertenanhörung veranstaltet, bei der am Vormittag die gesundheitliche Gefährdung durch Mobilfunkstrahlung und am Nachmittag die Problematik mit Handys in Schulen thematisiert wurden. Wer an diesem Landtagshearing teilgenommen hätte, der hätte aufgrund der dort vorgetragenen Fakten wohl ganz anders im Landtag argumentiert. Zum einen wäre es unausweichlich geworden, in der Debatte auch auf die gesundheitlichen Gefährdungen und deren Vermeidung wenigstens in unseren Bildungseinrichtungen durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen einzugehen. Zum anderen wäre klar geworden, dass das Handynutzungsverbot aus einer ganzen Reihe von Gründen zu begrüßen ist und dass dessen

Umsetzung an Schulen keineswegs so unmöglich ist, wie von der Opposition im Landtag behauptet. Immerhin gibt es ja bereits zahlreiche Schulen – so auch die Hauptschule Peiting – die damit seit Jahren sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Nur von den Grünen war bei der Anhörung so gut wie niemand da! (dafür kamen Zuhörer bis aus Berlin und Bremen angereist und der größte Saal im Landtag war brechend voll von Zuhörern – kaum aber Abgeordnete darunter).

Welche Gründe sprechen nun für ein Handynutzungsverbot an Schulen?

Eine ausführliche Darstellung würde den Rahmen eines Artikels bei weitem sprengen, so sollen hier nur stichpunktartige Hinweise erfolgen. Eine ausführliche Darstellung dazu (basierend auf meinem Fachvortrag bei der Anhörung) wird ab Schulbeginn unter anderem auf der Homepage der Umweltinitiative Pfaffenwinkel (info@uip-online.de) zu finden sein, zusammen mit zahlreichen weiteren Infos und Unterrichtshilfen zum Thema Handy und Schule. Kurzgefasst kann man feststellen, dass Mobilfunkstrahlung nachweislich die Gesundheit schädigt und dass diese Schädigungen bei Kindern und Jugendlichen deutlich schneller und intensiver auftreten als bei Erwachsenen. Die intensive Handynutzung beeinträchtigt auch die kognitiven Leistungen der Nutzer, eine Tatsache, die gerade in Schulen auf besondere Aufmerksamkeit stoßen sollte. Die Art der Nutzung

von modernen Handys, vor allem auch im Zusammenspiel mit anderen modernen Kommunikationstechniken, führt darüber hinaus zu einer besonderen Gefährdung der seelischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Ebenfalls massiv beeinträchtigt wird durch die immer häufigere und vielseitigere Handynutzung die Entwicklung eines positiven Sozialverhaltens bei den Heranwachsenden, und nicht zuletzt entwickelte sich das Handy in den letzten Jahren zum Verursacher Nummer eins bei der immer häufiger anzutreffenden Verschuldung von Kindern und Jugendlichen. Selbstverständlich ist ein Handynutzungsverbot nur dann sinnvoll, wenn es durch entsprechende pädagogische Maßnahmen flankiert wird. Die Mobilfunkproblematik muss daher in allen Schulen Schwerpunktthema bei der Medien-, Gesundheits- und Umweltbildung werden. Entsprechende Lehrerfortbildungen und die Bereitstellung von industrieunabhängigen Lehr- und Lernmitteln sind dazu einzufordern. Der Vorwurf der reinen Verbotspolitik liefe somit ins Leere, und da wo man bereits die entsprechenden Erfahrungen hat, weiß man, dass die Schülerinnen und Schüler und auch die Eltern mit einem inhaltlich begründeten Nutzungsverbot keine Schwierigkeiten haben.



Seite 6/7/8
Umweltinitiative
Pfaffenwinkel e. V.



Seite 9
Bund Naturschutz
WM-SOG